

Berantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
E. Farkane,
Für Feuilleton und Vermischtes:
J. Pötzner,
Für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
Sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorr in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Siebzundneunzigster

Jahrgang.

Mr. 763.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 30. Oktober. Der König hat dem leitenden Arzt des städtischen Krankenhauses Dr. Apel zu Brandenburg a. d. den Charakter als Sanitätsrat verliehen.

Bei dem Victoria-Gymnasium in Burg ist der ordentliche Lehrer, Titular-Oberlehrer Theodor Rambeau zum etatsmäßigen Oberlehrer befördert worden. Dem Dirigenten des Kölner Männer-Singvereins Heinrich Böllner zu Köln ist das Prädikat „Königlicher Musikhistor“ beigelegt worden.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 30. Oktober, 1 Uhr.

Das Haus beschließt auf Antrag des Abg. Stössel (Bentr.) schwedende Strafverfahren und legt darauf die erste Berathung des Staats fort.

Abg. v. Wedell-Malchow (lons.): Ich erkenne an, daß der Staat sehr hoch ist und daß manche Positionen überrascht haben. Darum werden auch meine Freunde den Staat vorsichtig prüfen und nur das bewilligen, was zum Wohle des Vaterlandes unumgänglich nötig ist. Mit Herrn Rickert stimme ich darin überein, daß die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Herr Rickert hat gestern die Budersteuer angegriffen und die Aufhebung der Ausfuhrprämien gefordert. Das werden wir erst thun können, wenn auch das Ausland das thut. Herr Rickert steht im Parlament ein Gegengewicht gegen zu große Aussgaben; aber das Beispiel Frankreich zeigt gerade, wie der Parlamentarismus ungeheure Summen für das Heer bewilligt. Wenn Herr Rickert die Reichssteuernommen neu verlangt, so erinnert er sich wohl kaum der Grinde, die dagegen sprechen und wenn es an die Ausführung ginge, wäre Herr Rickert wohl der erste, der sich dagegen erklären würde. (Sehr wahr! rechts.) Herr Rickert polemisierte dann gegen die Ueberweisungen, welche den Kreisen und nicht den bedürftigen Gemeinden zu Gute kämen. Weiß denn Herr Rickert nicht, daß für die Kreislasten die Erleichterung der lex Huene in erster Linie gegeben ist?

Die Berechnungen des Herrn Rickert, daß z. B. Schweinefleisch einen Poll von 50 Prozent zu tragen habe, sind nach meinen Erfahrungen und meinen Bahnennachweisen unrichtig. Die Lebensmittel sind ja allerdings teurer geworden, aber so schlimm kann es noch nicht sein, denn die Sozialdemokraten bringen doch fortwährend große Summen für die Agitation auf. Wenn man Schutzzölle überhaupt nicht haben will, so ließe sich darüber reden. Es ist aber falsch, gerade gegen die landwirtschaftlichen zu eifern. Wir wollen nur diejenigen Zölle, die geeignet sind, die Landwirtschaft über Wasser zu halten. (Sehr wahr! rechts.) Denn wenn die Landwirtschaft geschädigt wird, leidet das ganze Erwerbsleben. (Sehr wahr! rechts.)

Mit seinen Einwendungen gegen das Sozialistengesetz hat Herr Rickert vollkommen als Mandatare der Sozialdemokraten gesprochen. Mir will es scheinen, als ob er damit nach links in den Reihen der Sozialdemokraten hinein Hilfe für die kommenden Wahlen sucht. Wenn die Herren sich damit aber nur nicht täuschen werden und schließlich die Rechte zu bezahlen haben.

Herr Rickert hat sich schließlich auf den italienischen Ministerpräsidenten Crispi hier berufen. So viel Neipelt ich auch vor den Italienern als Bundesgenossen habe, mit den italienischen Verhältnissen könnte ich mich doch nicht befrieden. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Als im September zuerst in der Oppositionspresse von einer neuen Anleihe von weit über 200 Millionen verlautete, bezeichnete die offiziöse Presse dies als eine Verleumdung. Allmählich wurde ausgegeben, daß doch eine Anleihe in Sicht sei, wenn auch nicht so hoch, und schließlich ist es doch gekommen, wie es damals bieß. Dieses offiziöse Versteckspielen ist ein deutlicher Fingerzeig dafür, daß es auch der Reichsregierung nicht ganz leicht geworden ist, mit einer solchen außerordentlichen Forderung wiederum vor den Reichstag zu treten, und in der That liegt jetzt die Frage näher als je: Wer soll das binaus: Wobin treiben wir? Vor drei Jahren waren die Kriegsvorstellungen bei den Wahlen noch ausschlaggebend, aber in den nächsten Wahlen wird die Stimmung der Bevölkerung in ihrer vollen Klarheit in sehr drastischer Weise zum Ausdruck kommen.

Zur Motivierung der außerordentlichen Forderungen für Kriegszwecke wird in der offiziösen Presse die Sache immer so dargestellt, als ob nur die Fürsten den Frieden erhalten und sichern, und als ob ohne die Fürsten die Völker sich gegenseitig zerstören würden. Das heißt doch die Dinge auf den Kopf stellen. Die obersten Klassen haben allerdings ein Interesse daran, die gegenwärtige Situation mit ihren Forderungen aufrecht zu erhalten, da werden Söhne in Offiziersstellen versorgt, und es wird durch die ewigen Vorstellungen, als ob jenseits der Grenze ein Nachbar sei, der uns überfallen will, die Aufmerksamkeit und das Interesse des Volkes von den inneren Zuständen abgelenkt, die Leute merken es gar nicht, wie sie bedrückt und unterdrückt werden. Im Grunde aber ist es den Völkern sehr egal, wer sie regiert, wenn sie nur gut regiert werden. Die Wissenschaft stellt sich jetzt zu einem bedeutenden Theile in den Dienst der Kriegswissenschaft. Jedes Monat wird ein neues Gewehr erfunden. Man hört von neuen Dynamitkanonen, von denen jeder Schuß ein großes Panzerschiff vernichten soll. Wo sind die Beschlüsse der Petersburger Konvention geblieben, wo man berichet, welche Arten von Geschossen vom Kriege ausgeschlossen sein sollen? Heute gilt die Auffassung: Je wirkamer die Waffen, desto rascher ist der Krieg zu Ende. Im nächsten Kriege werden alle die Scharen von Samaritanen und

Inserate werden angenommen:
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17,
einer bei Guk. Ad. Schle, Holler,
Gr. Gerber u. Breitner-Lede,
Otto Licklich in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8,
in Gnesen bei A. Chrzczotka,
in Meseritz bei J. Matthes,
in Breslau bei J. Jäger,
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. v. Bande & Co.,
Bassenheim & Vogler, Rudolf Möller
und „Jugenddank“.

Inserate, die sechsgesparte Petitzettel oder deren Raum in der Morgen-ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abend-ausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Exposition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-ausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Donnerstag, 31. Oktober.

1889.

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach 20 Jahren Frankreich so viel Mann ins Feld führen kann, wie wir heute. Die gegenwärtige Generation ist gar nicht mehr an einen dauernden Frieden gewöhnt, sie kann sich kaum einen Zustand vorstellen, wo einmal Jahre lang nicht von Krieg und Kriegsgeschrei die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach 20 Jahren Frankreich so viel Mann ins Feld führen kann, wie wir heute. Die gegenwärtige Generation ist gar nicht mehr an einen dauernden Frieden gewöhnt, sie kann sich kaum einen Zustand vorstellen, wo einmal Jahre lang nicht von Krieg und Kriegsgeschrei die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach 20 Jahren Frankreich so viel Mann ins Feld führen kann, wie wir heute. Die gegenwärtige Generation ist gar nicht mehr an einen dauernden Frieden gewöhnt, sie kann sich kaum einen Zustand vorstellen, wo einmal Jahre lang nicht von Krieg und Kriegsgeschrei die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach 20 Jahren Frankreich so viel Mann ins Feld führen kann, wie wir heute. Die gegenwärtige Generation ist gar nicht mehr an einen dauernden Frieden gewöhnt, sie kann sich kaum einen Zustand vorstellen, wo einmal Jahre lang nicht von Krieg und Kriegsgeschrei die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach 20 Jahren Frankreich so viel Mann ins Feld führen kann, wie wir heute. Die gegenwärtige Generation ist gar nicht mehr an einen dauernden Frieden gewöhnt, sie kann sich kaum einen Zustand vorstellen, wo einmal Jahre lang nicht von Krieg und Kriegsgeschrei die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach 20 Jahren Frankreich so viel Mann ins Feld führen kann, wie wir heute. Die gegenwärtige Generation ist gar nicht mehr an einen dauernden Frieden gewöhnt, sie kann sich kaum einen Zustand vorstellen, wo einmal Jahre lang nicht von Krieg und Kriegsgeschrei die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach 20 Jahren Frankreich so viel Mann ins Feld führen kann, wie wir heute. Die gegenwärtige Generation ist gar nicht mehr an einen dauernden Frieden gewöhnt, sie kann sich kaum einen Zustand vorstellen, wo einmal Jahre lang nicht von Krieg und Kriegsgeschrei die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach 20 Jahren Frankreich so viel Mann ins Feld führen kann, wie wir heute. Die gegenwärtige Generation ist gar nicht mehr an einen dauernden Frieden gewöhnt, sie kann sich kaum einen Zustand vorstellen, wo einmal Jahre lang nicht von Krieg und Kriegsgeschrei die Schonung der Finanzlage des Volkes von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gewiß: zum Kriegsführen gehört Geld. Aber es gibt viele Dinge, welche, da sie im Falle eines Kriegsausbruchs nicht sofort zu haben sind, vorher von der Verwaltung angeschafft werden müssen. Wir halten Neubauten für das Militär für notwendig, glauben aber von einzelnen doch, daß sie auf ihre Notwendigkeit noch genauer geprüft werden müssen. Bei der Marine halten auch meine Freunde ein langsameres Tempo für geboten. Wir werden jedoch alles bewilligen, was zu einer guten Kriegsausrüstung der Armee nötig ist, damit sie jedem Gegner nach menschlicher Berechnung für gewachsen erscheint und damit unsere Jugend einst, wenn der Krieg ausbricht – und kommen wird der Tag – gut ausgerüstet ins Feld ziehen kann. (Beifall rechts.)

Samariterinnen nicht mehr im Stande sein, für die große Zahl der Verwundeten zu sorgen. Je mehr man rüftet, je näher muß der Zeitpunkt kommen, wo die Lasten solcher Rüstungen zu groß sind, wo der Krieg mit Notwendigkeit zum Ausbruch kommen muß. Es kann kein Zweifel sein, daß der Weg, den Frieden zu erhalten dadurch, daß man die Waffenspuren immer mehr vervollkommen, nicht der richtige ist. Richtig ist ja, daß, wenn eine neue Flinte erfunden wird, der Gegner nicht eher losgeschlagen wird, als bis alle Soldaten mit dieser Flinte bewaffnet sind. Aber wohin soll das führen? Jetzt sagt das „Militär-Wochenblatt“, Deutschland müsse die Mehrforderungen unbedingt bewilligen, weil die französische Armee auf Grund des letzten Gesetzes so bedeutende Verbesserungen erfahren hat. Aber die Militärverwaltung weiß sehr wohl, daß das französische Heer auch nach dem neuen Gesetz heute eine volle Million Mann weniger ins Feld stellt als wir, und daß im normalen Verlauf erst nach

ganz Europa, und wenn wir auf diesem Wege noch eine Zeit lang fortfahren müssen, so ist es bedauerlich, namentlich jetzt, wo die wissenschaftlichen Fortschritte in der Chemie und Technik angefangen haben, sie auch des Waffenwesens zu bemächtigen, und wo damit die größten finanziellen Lasten den Völkern auferlegt werden. Aber wenn wir diese Lasten tragen, so haben wir und unsere Bundesgenossen wenigstens die Sicherheit, daß es das beste und einzige Mittel ist, den Frieden so lange als möglich aufrecht zu halten und den Krieg, wenn er uns aufgedrückt wird — Deutschland wird nie einen Angriffskrieg führen — siegreich durchzuführen. Herr Bebel hat in ungerechter und unrichtiger Weise das Verhalten der deutschen Freiheit zu dem Stile der Kohlenarbeiter charakterisiert. Hier und da mag ein einzelnes Blatt für Gewaltmaßregeln eingetreten sein, aber im Großen und Ganzen haben gerade die rheinischen und westfälischen und auch andere Blätter in unbefangener Weise die billigen und gerechten Ansprüche der Arbeiter gewürdigat. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn man in England in diesen Dingen noch etwas ruhiger denkt, als jetzt in Deutschland, dann kommt es in der Hauptsache daher, daß die eigentliche sozialdemokratische Agitation bei den englischen Arbeitern auf unfruchtbaren Boden gefallen ist. Die englischen Arbeiter gehen auf bestimmte praktische Ziele los, mit welchen sich das bestehende Publikum schließlich befriedet. In Deutschland überläßt die Sozialdemokratie die Bewegung für praktische Ziele der Bourgeoisie und der Reichspolitik. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.) Sie selbst beschäftigt sich mit viel höheren Dingen. Herr Bebel sagt, seine Partei sei nicht staatsfeindlich, sie beläufe den Staat gar nicht, sie wolle den Volksstaat! Was soll man zu derartigen Wortgefechten sagen? Der Feudalstaat hat sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt; an seine Stelle ist eine andere Ordnung der Klasse mit anderen Anteilen derselben, aber immer auf Grundlage der bestehenden Verhältnisse getreten. Wie will Herr Bebel das vergleichen mit seinen Bestrebungen? Er will an die Stelle des jetzigen Staats etwas ganz anderes setzen in dem von der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht ein Stein auf dem andern bleibt. Wie darf er sich da wundern wenn die bürgerlichen Klassen solch einen Umsturz als etwas dem Bestehenden Feindlichen auffassen?

Herr Ritter hat gestern in Bezug auf den Marineetat nicht berücksichtigt, daß seine Ausführungen sich weniger gegen die Grundlagen dieses Staats, als gegen die Beschlüsse des vorigen Staats richteten. Es ist gar nicht beabsichtigt, eine offensive Flotte zu schaffen. Der Staat ist aufgebaut auf den Entwicklungen des vorigen Jahres, nach denen eine Anzahl neuer Fahrzeuge gebaut werden sollten. Auch Herr Ritter und seine Freunde haben prinzipiell diesem Plane nicht widersprochen, sondern nur ein langsameres Tempo gewünscht. Beabsichtigt ist die Schaffung einer Marine zweiten Ranges, ausreichend, um an den Küsten des deutschen Meeres, unter Umständen auch öffentlich, die Vertheidigung zu führen und unsere Handelsinteressen in den fremden Meeren genügend zu schützen.

Bei den Forderungen im Einzelnen wird man sorgfältig prüfen können. Bei aller Geweigtheit, dasjenige zu bewilligen, was als notwendig erscheint, zeigt der Militärateat in seinen einzelnen Forderungen eine Summierung in solchem Umfange, wie wir das früher nicht gekannt haben.

Das Anwachsen des Staats ist nicht ohne Bedenken. Wir haben eine Schuldenlast von 14 Milliarden und noch nicht die Spur eines Tilgungsfonds für eine so große Summe. Daneben ist der Umfang des Staats in Ausgabe und Einnahme nicht allein nach den finanziellen, sondern auch nach der wirtschaftlichen Seite in ganz bedenklicher Weise gewachsen, so daß die größte Aufmerksamkeit für die Parlamente und für die Verwaltung des Staats in seinen Einzelheiten unumgänglich geboten ist.

In einem weiteren Bedenken stimme ich mit Herrn Ritter durchaus überein. Die Art der Überweisungen aus den Reichseinnahmen an die Einzelaaten ist einer der größten Uebelstände. Wir tragen die Verantwortung dafür nicht. Denn diese Art der Überweisung beruht auf der Frankfurtschen Klausel und in Breuhen auf der lex Duene. Es ist wahr, daß die Summen, welche die Kreise erhalten, zumeist nicht plakativ verwendet, sondern verteilt werden. Die Vertheilung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelaaten zum Reich wird ja immer schwierig sein, ließ sich aber doch zweckentsprechender ordnen.

Als eine bedenkliche Lücke betrachte ich bei dem gestiegenen Umfang der Verwaltung das Fehlen eines wirklichen verantwortlichen Reichsfinanzministers. Der Staatssekretär des Reichskanzamts ist in seiner Stellung als nicht vollständig verantwortlicher Beamter bei dem besten Willen nicht in der Lage, als Chef einer so umfassenden Finanzverwaltung detarig verwinkelten Verhältnissen gerecht zu werden. Meiner Meinung nach müßte der Finanzminister nach seiner ganzen

Stellung, nach seinen Rechten und Verantwortlichkeiten so hoch stehen, wie kaum irgend einer der anderen Finanzminister in Deutschland, den preußischen Finanzminister nicht ausgeschlossen. Ein Reichsfinanzminister mit der vollen Autorität seines Amtes hätte zweifellos auf die einzelnen Theile der Verwaltung unter Umständen mehr moderirenden Einfluß, als es jetzt in der Stellung des Schatzkäters begründet ist.

Herr Ritter hat die Zölle auf Lebensmittel getadelt. Ich freue mich mit der Mehrzahl meiner Freunde habe gegen die sogenannten Agrarzölle gestimmt, namentlich in dieser Höhe, weil wir der Ansicht sind, daß der Landwirthschaft auf anderem Wege wirksamer geholfen werden kann. Aber aus den Reihen der Freunde des Abg. Ritter hat Abg. Bamberger selbst anerkannt, daß es nicht zulässig sei, die Agrarzölle einseitig abzuschaffen und die Industriezölle fortbestehen zu lassen, und überdies würde der gegenwärtige Augenblick der allerungeeignete Zeitpunkt sein, wesentlich an unserem Bollard zu schütteln; denn 1892 laufen eine Reihe Handelsverträge Deutschlands mit europäischen Staaten ab, und es wird sich dann darum handeln, ob das System aufrecht erhalten werden soll, welches in Deutschland Ende der siebziger Jahre zur Geltung gebracht ist, oder ob dann zwischen den europäischen Staaten wieder eingelenkt wird zu dem System der gegenseitigen Handelsverträge, die dann auch Rückwirkung haben auf die einzelnen Zollsätze. Selbst diesjenigen, welche diese Zölle auf Lebensmittel für ungerecht und drückend halten, werden doch jetzt dieses wirksame Kompenationsmittel nicht aus der Hand geben wollen, wo in etwa 15 Jahren die Verhandlungen wegen der Handelsverträge in Aussicht stehen, es wäre denn, daß eine außerordentliche Notlage durch die Zölle nahtgewiesen werden könnte. Daraon kann aber doch keine Rede sein, wenn wir heutige Getreidepreise haben, die so billig sind, daß wir bis etwa 1890 zurückgehen müssen, um ähnliche billige Preise zu finden.

Herr Ritter will für das Reich neue Einnahmen aus direkten Steuern schaffen. Was die Zuckersteuer anlangt, so können wir doch mit der Aufhebung der Bräder nicht vorgehen, so lange andere Staaten noch höhere Preise haben, als wir. Bei dem Umfang der Zuckerindustrie würde eine Schädigung derselben sehr weite Kreise treffen. Der Einführung der Reichs-Einkommensteuer stehen zu große Schwierigkeiten entgegen. Sie sieht eine Veränderung der Steuersysteme aller Einzelaaten voraus, und wenn sie selbst in dem vollen von dem Abg. Ritter gewünschten Umfang durchgeführt würde, so könnte sie die großen Nebenkosten der letzten Jahre doch nicht decken; wir würden doch auf die Beschaffung indirekter Einnahmen angewiesen sein, und diese Ausgaben haben ja die Herren von der freien Südwirksamkeit ihrer Partei selber mitbewilligt. Wir im Reich sind es ja nicht allein, welche einer großen Steigerung der Bedürfnisse gegenüberstehen. Das gleiche gilt von den Einzelaaten und den Kommunen. Die Stadt Berlin hat in Bezug auf die Kommunalverwaltung Außerordentlich geleistet und in dieser Stadt befindet sich die Verwaltung seit langen Jahren in den Händen der Freunde des Herrn Ritter. Wie steht es dort mit den indirekten Steuern? Der Berliner Staat für 1889/90 bringt an direkten Steuern rund 20 Millionen, welche für die Bedürfnisse nicht ausreichen, sondern neben denen noch andere 20 Millionen, weiter erforderlich sind. Neben dieser Summe ist aber noch ein weiteres Bedürfnis von 2 Millionen vorhanden, und diese werden durch indirekte Steuern aufgebracht. Darunter befinden sich Überschüsse der städtischen Wasserwerke, der Gasanstalten und vor allen Dingen ein Botzen von 12 Millionen Etag aus der von unten nach oben steigenden Mietshäuser. Das ist doch gewiß eine Steuer auf eins der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Eine Partei, die solche Mittel innerhalb einer Kommunalverwaltung für nötig und für zulässig hält, die sollte doch im Reiche der Regierung und den Mehrheitsparteien nicht damit gegenstehen, daß sie es für ausführlich erklärt, mit direkten Steuern allein die Reichsbedürfnisse zu regulieren.

Die Schilderung des Herrn Ritter über die wirtschaftliche Lage ist übertrieben. Im Deutschenland sind Schiffahrt, Handel und Industrie bedeutend im Fortschritt begriffen, die Ansammlung von Kapital ist in keinen Jahren so groß gewesen, wie im letzten Jahre. Verlennen kann man nicht, daß durch die Auflage des Staates viele Industrien zur Blüthe gelommen sind, aber giebt es denn nicht viele andere Industrien, welche mit staatlichen Auflagen nichts zu thun haben und die auch blühen? Noch mehr sind aber die Schilderungen der politischen Lage übertrieben. Gegenüber diesen Rufen über Reaktion in Deutschland und politische Misere kann ich nur hervorheben, daß die Deutschen im Innland wie im Ausland stolz auf ihr Vaterland sind, daß sie sich wohl fühlen. (Rufe links: im Ausland! Von außen steht sich das hübscher an!) Die Deutschen überall sind befriedigt von der Macht des Vaterlandes, befriedigt von den wirtschaftlichen Zuständen, das zeigt sich auch darin, daß in den heranwachsenden Be-

völkerung das Interesse an den politischen Zuständen auf Grund der Predigtzung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zunimmt. Neben neue Unternehmungen, neue Aufgaben, an die sich bisher Niemand herangewagt hat. Der Deutsche freut sich des deutschen Staates und des deutschen Reiches und man wird die systematische Überkreuzung der Zustände, diese Karikaturen der Lage von Seiten einer Partei nicht anders aussägen, wie als den Ausdruck eines einseitigen Standpunktes begründet ist.

Abg. Dr. Windthorst (Str.): Die Darstellungen des Abgeordneten v. Bennigsen sind ebenso eine Karikatur, wie die des Herrn Ritter es gewesen sein sollen. (Oho rechts.) Daß die Herren Nationalradikal und die übrige Kartellmänner sich sehr beglückt fühlen, unterliegt keinem Zweifel; denn sie sind der Hammer und der Hammer befindet sich immer wohl! (Heiterkeit.) Wir sind der Amboss und der befindet sich nicht wohl. Große und breite Schichten der Bevölkerung sind mit den gegenwärtigen Zuständen sehr unzufrieden und befinden sich unbehaglich. Damit ist wohl vereinbar, daß wir stolz sind auf die Macht des Vaterlandes, aber nicht eben so stolz auf die freiheitlichen Errichtungen. In Kirchen- und Schulen, in der allgemeinen Verwaltung, im Bollwerk sind wir nicht so gestellt, wie England und Amerika. Aus dem Ausland haben wir Deutche oft geschrieben, daß sie betrübt wären über die kleinen polizeilichen Maßregeln und über die traurigen Verhältnisse im Innern. (Sehr wahr! links und im Centrum.)

Wenn wir nicht von andern Nationen unterdrückt werden wollen, müssen wir uns allerdings mit einer starken Rüstung versehen. Das zu bestreiten, wird niemand einfallen, am wenigsten mir und meinen Freunden; deon wir wünschen, daß Deutschland unversehrt in seinen Grenzen bleibe, und wer uns antastet, wird uns auf der Stelle finden. (Beifall im Centrum.) Wohl vereinbar ist damit aber die Frage, ob die Selder, die verlangt werden, absolut nötig sind. Als das Septennat bewilligt wurde, da hieß es, nun wäre Ruhe da. Das Volk glaubte, die Bewilligungen seien zu Ende, aber von Jahr zu Jahr werden neue Anforderungen gemacht. Därfen wir vor 3 Jahren die Militärbedienung nur auf 3 Jahre gemacht, dann hätten wir alle 3 Jahr einmal revidieren können. Jetzt aber steht die Verabredung, auf eine lange Zeit nur für uns fest, daß wir nicht heruntergehen können; dagegen kommen fort und fort neue Anforderungen, und so ist dies ein Abkommen, welches nur die Stände bindet, nicht die Regierung. Wenn die Wahlen kommen, dann werden wieder alle Trommeln gegen uns gerichtet werden, aber doch haben wir alle, die wir nicht auf 7 Jahre bewilligen wollten, durch den Erfolg Recht bekommen. Es handelt sich in der That damals nur darum, die Rechte des Reichstages auf diesem Gebiete zu verlieren, der Regierung dagegen freie Hand zu verschaffen. Für die neuen Wehrförderungen erwartete ich weitere Aufschlüsse in der Kommission. Die kolossalen Ausgaben für Neubauten werden jedenfalls auf eine längere Reihe von Jahren verteilt werden müssen. Besondere Strenge empfiehlt ich bei der Prüfung des Marine-Etats. Auch heute noch bin ich der Meinung, daß wir uns neben dem kolossalen Heere, welches wir halten müssen, auf eine Defensivslott zu beschränken haben. Nicht mindere Sorgfalt werden wir den Kolonialforderungen zuwenden müssen. Der Umfang unserer Kolonialpolitik ist ja schon so bedeutend geworden, daß für ihre Erledigung ein besonderes Kolonialamt in Aussicht genommen wird. Ich fürchte, wir experimentieren aufs Gewissenlose und haben zur Zeit nichts erreicht als Schulden.

Was unser Steuersystem angeht, so habe ich die Empfindung, daß wir mit den indirekten Steuern ziemlich am Ende angelangt sind und bei den direkten Steuern einzeln müssen, aber nicht hier im Reiche, sondern bei den Einzelaaten. Speziell für den preußischen Staat bedauere ich, daß wir zu einer gesunken Reform der direkten Steuern bisher noch nicht gekommen sind.

Die Rede des Herrn v. Bennigsen hat klar gezeigt, wie die Herren von der nationalliberalen Partei über die festen Staatsverhältnisse denken. Ich möchte allen, die den föderativen Gedanken fortführen wollen, die Bennigsen'sche Rede empfehlen, damit sie bei den Wahlen wissen, wie es am Kartell steht. Das Kartell ist unitarisch. Wenn Sie mit dieser Parole in die Wahlen hineingehen, werden Sie mit verbrannten Flügeln wieder herauskommen.

Herr v. Bennigsen hat dann einen verantwortlichen Reichsfinanzminister vorgeschlagen. Haben wir denn jetzt keinen verantwortlichen Finanzminister? Ich habe geglaubt, daß der Reichskanzler verantwortlicher Finanzminister im deutschen Reich sei und daß die Herren, welche neben ihm arbeiten, absolut untergeordnete Beamte sind. Ist das der Fall, dann ist ein neuer Finanzminister nicht nötig. Ich möchte das Gesetz des Herrn Reichskanzlers sehen, wenn er die heutige Rede liest. Das erste wird sein, zu fragen: Herr v. Bennigsen, geht es auch mit den "Kinderliedern". Da sang im vorigen Jahre eine große, sehr große Sängerin das bekannte "Geburtstagsliedchen" von Sachs als Zugabe. Das Publikum klatschte wie rajend. Und da kam man sich selber wie ein unledriger Nögeler vor, daß man weder in den Jubel einstimmen, noch denselben begreifen konnte. Aber es ging uns gegen den Strich. Die Künstlerin war eine imponierende Erscheinung, in dem Alter, da man sie mit einer "vollerblühten Rose" vergleicht, deren Blätter in abschöner Zeit abfallen können, und wenn solch eine Dame ein Lied von so kindlichem Texte vor versammeltem Volke singt . . . da hört eigentlich der Genuss auf.

Es wird zwar von Garrick erzählt, daß er eine Fußbank in den Arm genommen und mit diesem einzigen Requisit einige Freunden aus dem Stegreif eine Vorstellung gegeben habe, wobei er eine Mutter gespielt, die, ihren todteten Liebling im Arm, ihrem Gram in leidenschaftlichen Klagen Ausdruck giebt, und daß er durch die Macht seines Spieles alle gerührt und hingeissen. Aber ob er dieselbe Wirkung vor einem großen Publikum im Konzerthause erzielt hätte? Das scheint doch mindestens zweifelhaft. Das Genie kann zwar viel und reicht uns mit durch Himmel und Hölle. Aber die Genies sind schließlich doch nicht so dicht gesät, und bei der Nachahmung kommt mancher kleinere Geist ins Unsichere.

Einen sehr negativen Genuss bereiten uns musikalische Dilettanten gerade nicht selten dadurch, daß sie sich mit fühlarem Muthe an Aufgaben wagen, denen sie absolut nicht gewachsen sind. Und dann soll der unglückselige Zuhörer nicht nur ein sehr ehrbares Gesicht dazu machen, nein, er soll auch noch einige verbindliche Worte reden. Für diesen Fall hatte ein guter Bekannter immer ein gutes, probates Mittelchen in seiner Hausapotheke. Möchte ein Jüngling oder eine "kunstgebüte" Dilettantin noch so "ahnungslos" gesungen, gekräzt, gekräzt oder gepeist haben, er fragte mit unendlicher Höflichkeit: "Bon wem ist das hübsche Lied?", die Auslegung des Wortes "hübsch" den Sängern überlassend, die es dann ja auf Ihren Vortrag beziehen könnten — was sie wohl auch meistens thaten. Wir Deutschen sind ein sehr musikalisches Volk. Darüber sind die Gelehrten bekanntlich einig. Wir haben so viele

Musikalische Rezensionen.

II.

Es soll, nach dem Urtheil bewanderter Leute, gar nicht so leicht sein, ein passendes Lied zum Vortrage auszuwählen. Es soll sogar manchmal recht schwer sein. Und wie wäre es sonst wohl auch möglich, daß gar häufig eine so merkwürdige Wahl getroffen wird, über die sich ein nachdenklicher Mensch wundern muß? Das von Liedern nicht jedes für jeden sich eignet, das giebt jeder zu. Aber welches für welchen? — oder für welche? — das geeignete sei, das ist die Schwierigkeit, ganz abgesehen vom Stimmklange und vom Stimmumfang des Singenden. In dieser Beziehung werden nicht so häufig Uebergänge oder Untergriffe vorkommen; der Tenor oder die Sopranistin steigen nicht ohne Roth in die Tiefe, und die dunklen Stimmen hüten sich vor der hellen Höhe. Aber, daß das Geschlecht der singenden Persönlichkeit gewissermaßen mit dem des Liedes übereinstimmen muß, das bedenken nicht alle. Und da muß es gesagt werden, daß die Sängerinnen die Grenzen ihres Wirkungskreises häufiger überschreiten, als es die Männer thun.

Oder haben Sie schon einmal gehört, daß ein Konzertsänger sich dahin verirrt hätte, vor versammelter Zuhörerschaft das "Grethchen am Spinnrade" zu singen? Bei dem bloßen Gedanken, daß ein Mann sich hinstellen könnte und singen:

Wie stolz und stattlich geht er!
Wie adlig ist sein Ruth!

Er ist nur ein Trompeter

Und doch bin ich ihm gut —

kommt einem schon das Lachen an. Solche und eine große, große Menge ähnlicher Lieder sind eben für kleinen Mann berechnet; sie sind durchaus für eine Sängerin vorhanden. Man wird ja nicht so rigoros sein, zu verlangen, daß jedes Mädchen-Lied auch von einem jungen Mädchen gesungen werden müsse, daß eine Frau in reiferen Jahren ihre Kunstreise beginnen nur auf eine ganz bestimmte Kategorie von Liedern beschränke. Aber daß eine ganze und sehr große Anzahl von Liedern speziell "weibliche Lieder" sind, das ist doch wohl unbestreitbar. Dementsprechend sind aber ein guter Theil unserer "beliebtesten Lieder" durchaus männlichen Charakters. Man sollte doch meinen, es sei unzweifelhaft, daß ein Lied, dessen Schlussworte

lauten: "— mich hat das unglückselige Weib vergift mit ihren Thränen" nur von den Lippen eines Mannes kommen kann. Und wenn es heißt: "Wie Du auch strahlst in Diamentenpracht u. s. w." so ist es doch offenbar, daß da ein Mann zu einem Weibe spricht. Der Gedanke, daß ein Weib zu dem Geliebten sage: "— und laut aufsehend stürz' ich mich zu Deinen süßen Füßen" ist doch geradezu absurd. Aber trotz aller Absurdität kommt es nicht selten vor, daß Damen derartige Lieder öffentlich singen. Sie werden mir sagen, daß es die größten Künstlerinnen thaten und thun, daß z. B. gerade das "Ich grolle nicht" von einigen mit wunderbarer, ergreifender Kunst gesungen wird. Das sei gern zugegeben, daß eine große Künstlerin das Lied wunderschön singen kann, daß sie den Hörer so ergreift, daß er darüber vergibt, wie eigentlich das Lied von der unrichtigen Persönlichkeit gesungen worden ist. Aber, daß dies so sei, wird man doch zugeben müssen.

Nun wendet man mir vielleicht ein, man könne sich ja in der Phantasie in die Seele des Mannes "mit dem verwundeten

Herzen" versetzen, oder gar "sich auf den allgemeinen Standpunkt stellen."

Wer das Kunstück fertig bringt, sich auf dem

"allgemeinen Standpunkt stehend zu behaupten", der kann sich ja dessen freuen. Alle Leute bekommen das allerdings nicht fertig. — Es geht doch so unzählig viele Lieder, Romanzen,

Valladen, andere Gesänge, die nicht gerade so augenfällig auf

ein bestimmtes Geschlecht gemünzt sind, daß doch die "Grenze des Erlaubten" respektiert werden sollte, sofern es sich um Vor-

träge in der Öffentlichkeit handelt.

Im kleinen Kreise macht sich die Sache so wie so anders

und beim Selbststudium sieht sie noch anders aus. Ein Mäd-

haben Sie einen solchen? (Heiterkeit). Es ist ein eigenhümliches Bild, zu denken einen allmächtigen Reichskanzler und daneben einen stets hungrigen Finanzminister. Etwas anderes wäre es, wenn auch für die übrigen Rechts Ministerien geschaffen werden. Heute könnte ich mich vielleicht für den Gedanken erklären. Denn jetzt würde ich im Reichsjustizministerium eine Bürgung des einen und allmächtigen Reichskanzlers erbliden, die ich für nothwendig erachte. Darauf kann ich mich aber nicht einlassen, lediglich für die Finanzen einen verantwortlichen Minister zu schaffen. Wer die Finanzen dirigirt, hat das Regiment.

Die Budgetkommission hat noch niemals eine so schwierige Aufgabe gehabt wie dem gegenwärtigen Etat gegenüber, und ich denke, die Herren lassen sich ihre Arbeit recht ernstlich angelegen sein. Über diesen Etat vor Weihnachten zu erledigen, das ist eine Aufgabe, die ohne eine gewisse Leichtigkeit nicht möglich ist. Vergessen wir es nicht, die Lasten, die auf dem Reiche ruhen, sind enorme, sie werden tief empfunden, und das Volk verlangt Erleichterung. Die Waffe des Volkes verarmt. (Sehr wahr! links und im Zentrum; Widerspruch rechts.) Ja wohl! Steigen Sie hinein in die weitesten Volkskreise, prüfen Sie die Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung, wie der Kaiser selbst die Nothwendigkeit einer solchen Prüfung betont hat. Ohne daß wir eine solche Prüfung vornehmen, und ohne daß wir deren Ergebnisse verwerten, wird es niemals möglich sein, in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung Zufriedenheit und Beruhigung hervorzurufen. Der Kaiser selbst hat diese Nothwendigkeit betont und er verdient dafür Gottes Lohn. (Beifall links und im Zentrum.)

Abgeordneter v. Kardorff (Reichspartei). Beim Septennatsstreit drehte sich die Frage darum, dem Ausland gegenüber das, was die Regierung forderte unabgeschwacht zu demütligen. Wäre das nicht geschehen, so hätte das einen sehr schlimmen Eindruck im Ausland gemacht. Ich kann nicht verbreihen, daß die jüngsten Neuforderungen auch in der konservativen Partei Überraschung hervorgerufen haben. Wir werden darum aller Grund zu genauer Prüfung haben. Auch darin liegt ein Bedenken, daß für diese großen Ausgaben keine Deckung geboten ist. Aber das Bild, das Herr Ritter von unserem Etat entworfen hat, ist jedenfalls übertrieben, das gilt auch von seinen Ausführungen über die Frankensteinische Klaue. Sie führt zwar zu rechnerischer Kompliktheit, hat aber keineswegs die politisch gefährlichen Folgen, die Herr Ritter dargelegt hat. Die Überbelastungen an die Kreise aus der lex Duene sind zu Unrecht gestadelt worden; durch dieselben ist eine sehr durchgreifende Erleichterung der Kriegerangehörigen ermöglicht worden. Wir haben damit eine gesunde Finanzpolitik begründet. Es ist selbstverständlich, daß wir die neuen Forderungen genau prüfen werden; aber ich mache darauf aufmerksam, daß wir Hand in Hand mit der Entwicklung unserer Kolonialpolitik uns eine Flotte schaffen müssen, die der Flotte mindestens einer Großmacht gewachsen ist. Das ist die einzige Möglichkeit, unsere Großmachtstellung aufrecht zu halten. Für die Anleihe, die aufzunehmen sein wird, gebe ich zu erwarten, ob das Reich nicht nur Ausgabe 3 prozentiger Papiere übergeben soll. Den Vorwurf der Verarmung weise ich von unserem Volke zurück; ich weise auf die Steigerung aller Löhne hin und auf das, was für die kleinen Beamten geschehen ist, und ich werde gern die Hand bieten, um noch mehr zu thun.

Herr Ritter hat in seiner abfälligen Kritik der Gesamtlage auch auf das Schweineeinfuhrverbot hingewiesen. Das Verbot der Schweineeinfuhr ist leider zu spät erlassen; denn wenn man auch die Verbrennung des Schweinefleisches beladen kann, das Glend, das durch die Seuche in den Ställen der kleinen Schweinezüchter angerichtet wäre, ist sicher derartig, daß es die Pflichtregel der Regierung völlig rechtfertigt. Bei uns ruht die Kraft auf unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung und nicht auf der industriellen, wie in England, wo die kapitalistische Produktion die Landwirtschaft unterdrückt hat. Was eignet ist, den Niedergang der Landwirtschaft aufzuhalten, müssen wir thun.

Herr Ritter hat eine Neuherierung des italienischen Ministerpräsidenten Crispi über italienische Freiheit zitiert. Zur Freiheit gehört doch auch unbestechliche Justiz und eine korrekte Verwaltung. Ob sich das in Italien in höherem Maße als bei uns findet, weiß ich nicht. Die italienische Presse schlägt keinen andern Ton an, als bei uns die radikalsten Blätter, während die französischen Zeitungen allerdings cynischer und zugelassener sind. Ich gebe ja zu, daß manche überreale Anklagen durch Staatsanwälte besser unterbleiben wären, hat man doch meinen Freund Hennig in Reus ältere Linie wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Haft verurtheilt (Große Heiterkeit) aber solche Dinge haben bei der Ausdehnung dieses Landes etwas Komisches an sich. Im Großen und Ganzen haben wir in Deutschland alle jene Forderungen des Liberalismus erfüllt, wie allgemeine Wehrpflicht, und allgemeines Wahlrecht, wonach andere Länder noch bis heute streben.

Musikinstrumente, Musiklehrer, Musikeleven, Musikkästen und auch einige wirkliche Musiker, daß es ganz imponirend ist. Wie viel Zeit mit der Erlernung der technischen Fertigkeit verbracht wird, wie viel Nervenkraft, wie viel Geld darauf verwendet wird, das ist . . . schwer zu berechnen. Man müßte doch nun meinen, die Resultate solchen eifrigsten, allgemein betriebenen Studiums wären erstaunliche. Erstaunen muß man auch manchmal — aber in anderem Sinne. Waren da einmal in einer Abendgesellschaft eine ganze Anzahl älterer und jüngerer Leute beisammen, die zum größten Theil einem tüchtigen leistenden Gesangverein für gemischten Chor angehörten. Dort wurde gerade die Neunte Sinfonie eingespielt. Alle waren voller Begeisterung und sprachen wie die Bücher. — Nach dem Abendessen sollte etwas gesungen werden, aber es fehlten Noten. Also Volkslieder. Und da stellte sich die merkwürdige Thatsache heraus, daß von all den musikalischen Herrschäften niemand ein Volkslied aus dem Siegfried begleiten konnte, daß es nicht möglich war, auch nur eines zweistimmig zu singen, und daß auch bei einstimmigem Gesange keins der Lieder über den ersten Vers hinauskam, weil die Texte nicht weiter reichten . . . Aber sie waren alle ausübend und glaubten, musikalisch zu sein. Bei der Konzertaufführung des Gesangvereins ging auch alles sehr schön, Dank der Führung des Dirigenten.

Ist es Ihnen, geehrter Leser, wohl einmal aufgefallen, wie in den Romanen Musik gemacht wird? Das ist nämlich merkwürdig. Unter fünfzig Fällen ist dem Spieler neumundvierzigmal die Gabe eignen, sich in freien Phantasien zu ergehen. Dann „huschen wunderbare Lichter durch sein Spiel“, dann „schluchtet es in den Tönen“, dann „lubelt es innig“, dann „flüstern schmeichelnde Stimmen“, dann „gellen wilde Dämonen hinein“, dann „steht es in breitem Strom dahin“ — endlich „bricht ein schriller Alltag, eine grelle Dissonanz, das Spiel ab“. Wirklich, das ist das Gewöhnliche. Darin sind übrigens die Romanispieler noch am naturwahrfesten, daß sie „das Spiel abbrechen“ — im wirklichen Leben kommt auch ein Stück nicht zu oft vernünftig zum Ende; bei den Legionärspielen wenigstens.

Zu einem feinen Diner oder Souper — um deutsch zu

Und wenn Herr Ritter es beklagt, daß der Reichskanzler bis jetzt nur immer festgestellt habe, so wünsche ich, daß er auch weiter sieht, und solche Kapazitäten wie Herrn Ritter nicht gebraucht. (Beifall rechts.) Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 12 Uhr.

Schlug 4 Uhr 20 Minuten.

Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, den 30. Oktober.

Anwesend sind die Stadtverordneten: Bach, Benemann, Brodnitz, Czapski, Dr. v. Dziembowski, Jäble, Förster, Fontane, Friedländer, Herzberg, Dr. Hirszberg, Jädel, Dr. Jaromski, Kirsten, König, Dr. Landsberger, Leitgeber, Lüchner, Müller, Rötel, Orgler, Prausnitz, Rosenthal, Schönlan, Türl, Dr. Villnow, Victor und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch: Bürgermeister Kalkowski, Stadtbaurath Grüder und durch die Stadträthe Dr. Loppe und Schweiger.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verließ der Stadtverordneten-Vorsitzer, Herr Justizrat Dr. Oehler, ein Dankschreiben des Vorstandes und Aufsichtsrathes des Vereins „Zoologischer Garten“ für die in der letzten Sitzung der Versammlung erfolgte Erhöhung der dem Verein gewährten Jahres-Unterstützung von 750 M. auf 2500 M. Diesem Schreiben ist ein Gutachten des Stadtraths Dr. Friedel aus Berlin über den Posenen Zoologischen Garten beigelegt, welches ungefähr besagt, daß unser Zoologischer Garten sowohl den Räumlichkeiten als auch dem Thierbestande nach zu den bedeutenderen gehört. Er ist geradezu als ein Träger der Kultur, ein Förderer und Verbreiter nützlicher Kenntnisse weit über die Stadt Posen hinaus, zu bezeichnen. Es sei deshalb eine Pflicht der Behörden, ihn wirklich zu unterstützen.

Als dann tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein. Herr Rötel referiert über die Prüfung der Rechnung der Bouleinstiftung pro 1887/88. Nach derselben verbleibt ein Bestand von 61 477 M., der in Wertpapieren und Hypotheken deponirt ist. Die Versammlung ertheilt hierauf Decharge.

Nieder den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Rechnung der Stadtschulden-Verwaltung pro 1887/88, erstattet der Stadtverordnete Schönlan mit Bericht. Es betrug die Einnahme 754 236 M., die Ausgabe 184 173 M., mithin bleibt ein Bestand von 590 063 M. Die Versammlung bewilligt die Entlastung.

Sodann berichtet der Stadtverordnete Bach über die Rechnung der Hospital-Verwaltung pro 1887/88. Einnahme und Ausgabe dieser Rechnung balancierten mit 14 386 M.; der Buschus aus der Räumerei-Kasse beträgt 14 278 M. Auch diese Rechnung wird entlastet. Darauf wurden einige Wahlen vorgenommen. Zu Mitgliedern des gewerblichen Sozialgerichts aus der Zahl der Arbeitnehmer wurden nach dem Vorschlag des Referenten Stadtrath Schönlan von der Versammlung die Zimmergesellen Wunsch und Böller, zum Mitgliede der Stadtschul-Deputation Professor Dr. Rottig; zu Armenräthen für den Kommissions-Bezirk X Quartier Nr. 4 und den Bezirk IX b. Quartier Nr. 10 Bilar Seiciter an der St. Martinkirche und Bischlermeister Albert Kordow gewählt. Zu Mitgliedern und Beisitzern zu den Stadtverordneten-Erschwählten wurden für die I. Abtheilung als Beisitzer Kaufmann Julius Alport und Wladislau Jerzykiewicz, zu deren Stellvertretern Kaufmann Feliz Kantorowicz und Maurermeister Bruno Herrmann, für den I. Bezirk der II. Abtheilung Maurermeister Asmus und Kaufmann Batowski, zu deren Stellvertretern Kaufmann Bruno Kantorowicz und Uhrmacher Karl Förster gewählt. Referent war der Stadtverordnete Schönlan. Auf Vorschlag des Stadtverordneten Dr. Villnow, welcher über diesen Punkt der Tagesordnung referierte, wurde die definitive Anstellung des Militäranwärters Andreas als Ratsdiener genehmigt.

Der Stadtverordnete Brodnitz referierte hierauf über die Bewilligung der Versicherungsprämie für die Gebäude und Apparate der Gasanstalt. Er führte aus, daß durch die bedeutenden Erweiterungs- und Umbauten, welche in den letzten 2 Jahren an den Gebäuden der städtischen Gasanstalt vorgenommen worden seien, sich die Nothwendigkeit ergeben habe, die Versicherungssumme zu erhöhen. Beteiligt seien mit fünfjährigen Kontrakten die Magdeburgische Feuer-Versicherungsanstalt und die Bitterländer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld. Die zu erzielende Prämie beträgt 4578 M. Er persönlich sei der Meinung, daß durchaus nicht für alle Gebäude der Gasanstalt in der jetzigen Verfaßung eine Versicherung nothwendig sei, so z. B. nicht für die Reitorthäuser. Dieselben seien ganz aus Stein und Eisen hergestellt, so daß da nichts verbrennen könne. Es habe sich in der Sitzung der Direktion, welcher er beigewohnt habe, die Ansicht sich Geltung verschafft, daß der Prämienzoll von 3½% welcher bis dahin für die Gebäude unserer Gasanstalt gezahlt wurde, ein viel zu hoher sei, man müsse eine Herabsetzung derselben erstreden. Die

reden — gehört bei festlichen Gelegenheiten „Tafelmusik“. Wer an der Berechtigung dieser Sitte zweifelt, ist ein verdächtiger Reizer. Eine Hochzeit, ein patriotisches Zweckfest ohne Tafelmusik — undenkbar. Zu jedem Gang ein „entsprechendes“ Musikstück! Zwar hört man von der Musik nicht viel. Die Gäste oder Festgenossen brauchen ihren Mund doch nicht nur zu Essen und Trinken, nein, sie reden auch. Weil nun jeder laut redet, um die Musik zu übertönen, so wird aus der Unterhaltung schließlich ein Ueberschreien, die Kehlen werden trocken und die Köpfe immer röher. Und dazwischen spielt die Musik immer gleichmäßig fort. Für einen wirklich musikalischen Menschen ist das gerade kein Genuss. Ich sehe noch die Leidenschaft eines bedeutenden Musikers vor mir, der bei einem Hochzeitsmahl in seiner anregten Unterhaltung fortwährend durch die Tafelmusik gestört wurde, die ein „finnisches“ Programm nicht ganz tadellos ausführte. Der Künstler sah aus, als belästigt er rückweise Bahnstrichen, und wenn seine sarkastische Laune gerade Sprünge machen wollte und er eine boshafte Bemerkung äußerte, so ließ die Musik ihm immer gleich seine Strafe angedeihen.

Es ist in neuerei Zeit bei den Konzertgebaren Sitte geworden, die Liederstücke mit zu dem Programm drucken zu lassen. Das hat viel für sich, insoffern als man ja vorher schon in die rechte Stimmung gerath und für die nun bekannten Worte ein feiner aufnehmendes Ohr hat. Aber eine Kleinigkeit hastet den meisten Programmen an, eine kleine Eigenthümlichkeit, die aber dem nervösen Menschen sehr fatal ist. Und nervös sind doch von den Konzertbesuchern gut fünfzig Prozent; und die rechten Kunstreunde mit ihrem besonders empfindlichen Hörorgan, sie, denen die Kunst wirklich Herzenssache ist, sind es erst recht. Jedes Zusätzkommen stört sie, jeder noch so behutsame Trittschritt, jedes geräuschvolle Fächerwedeln, jedes noch so diskrete Räuspern. Wie sollen sie da die Programme nicht fördern? Denn fast alle Programme, ob sie mit Geschmack ausgewählt sind oder nicht, ob sie eine häufiggende Nummernzahl aufweisen, ob sie nur wenige Gaben verheißen, ob erlaubte Namen darauf prangen, ob die angezeigte Größe einstweilen noch klein ist, sie sind auf Papier gedruckt und — knistern.

Die Pause ist beendet; die Nachbarn (und zuweilen sogar die Nachbarinnen!) haben gesäuselt, geplauscht, vom Wetter,

beiden Agenten der genannten Gesellschaften hätten nun in Folge eines bezüglichen Beschlusses auch den Brämensatz niedriger gestellt und zwar auf 3½%. Doch auch dieser Satz erscheine noch zu hoch, und daher habe die Direktion beschlossen, zunächst bei anderen Gasanstalten dieserhalb Erkundigungen einzuziehen, um auf diese Weise die Höhe der anderwärts gezahlten Brämensätze zu ermitteln. Zu seiner Verwunderung habe er jedoch aus der Vorlage ersehen, daß dieser Beschluß in einer Direktionsitzung, welche später abgehalten wurde, umgestoßen und die Gebäude der Gasanstalt bei denselben Gesellschaften zu 2½% versteckt worden seien. Auch heute noch vertrete er die Ansicht, daß der erste Beschluß der Direktion der Gasanstalt durchaus praktisch und daher auszuführen gewesen wäre, ehe diese Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache kam. Unter den obwaltenden Umständen bitte er, die Vorlage des Magistrats zurückzuweisen. Darauf entgegnete Bürgermeister Kalkowski, daß es sich nicht nur darum handele, die Gasanstalt gegen Feuersgefahr zu versichern, es scheine dem Magistrat und den beteiligten Sachverständigen auch ebenso dringend geboten, dieselbe gegen Explosionsgefahr zu versichern zu verhindern. Man habe daher beschlossen, kein Gebäude von der Versicherung auszuschließen. Ferner wäre ja auch die Stadt an den Kontakt gebunden gewesen, welcher noch auf drei Jahre gültig gewesen sei. Die Gesellschaften behielten sich stets das Recht vor, bei dauerhaften Veränderungen an den versicherten Objekten die Versicherung aufzuheben, geständen dasselbe aber niemals den Versicherten zu. Dann darf man auch wohl nicht annehmen, daß die Gesellschaften gerade in Posen Ausnahme-Brämen gewähren sollten, und endlich sei der Magistrat durch einzelne Stadtverordnete darauf aufmerksam gemacht worden, daß er ein großes Risiko eingehe, wenn er nach dem Umbau der Gasanstalt einen bedeutenden Theil der letzteren unversichert lasse. Man hätte sich daher der Einsicht nicht verschließen können, daß der Magistrat eine große Verantwortung übernehme, wenn er die bisherigen Zustände bestehen ließe. So sei man zu dem zweiten Beschuß gekommen. Dazu läme noch, daß die bereits gezahlten Brämen verfallen wären, wenn man bei anderen Gesellschaften versichert hätte. Außerdem sei es doch anerkennenswert, daß die beiden Gesellschaften in sehr entgegengesetzter Weise die Brämen ganz bedeutend ermäßigt hätten. Stadtrath Dr. v. Dziembowski stellt hierauf die Frage, ob der Magistrat den überhaupt noch drei Jahre an die genannten Gesellschaften gebunden gewesen wären? Darauf erwiderte Bürgermeister Kalkowski, daß die wichtigsten Räume neu gebaut oder durch Verlegung von Apparaten, die früher nicht in ihnen gewesen, ihrer Bestimmung nach verändert seien. Für die unverändert gebliebenen Gebäude wäre der Vertrag in Kraft geblieben, für die umgeänderten Bauleihen aber würden die Gesellschaften vorkommenden Fällen zur Gewährung einer Brandentschädigung nicht verpflichtet gewesen sein. Stadtverordnete Brodnitz macht geltend, daß es sich nicht empfehle, einzelne Bauleihen von der Versicherung auszunehmen. Stadtrath Böcker billigt das Verfahren des Magistrats und bittet die Versammlung, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtrath Fontane hebt hervor, daß bei Versicherungsverträgen über Immobilien stets die Bedingung gestellt werde, daß bauliche Veränderungen während der Versicherungszeit der betreffenden Gesellschaft stets angezeigt werden müsse. Letztere habe in solchen Fällen das Recht, den Versicherungsvertrag aufzubinden, der Versicherte aber nicht. Wenn auch im Falle umfangreicher Änderungen eine neue Aufnahme erfolge und eine neue Police ausgefüllt würde, so gehe dies doch ohne Aufhebung des bestehenden Versicherungsvertrages. Da dieser im vorliegenden Falle noch für drei Jahre Geltung habe, so wäre der Magistrat gar nicht in der Lage gewesen, mit anderen Versicherungsgesellschaften zu verhandeln. Das Verfahren des Magistrats sei ein durchaus korrektes. Nach einem Schlubwort des Stadtverordneten Brodnitz wurde die Vorlage dann genehmigt.

Über die Ausführung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 16. März d. J. betreffend die Angabe, wie sich das Bedürfnis für die Schülervibliothek der Mittelschule gestaltet, bzw. ferner gestalten wird, referierte der Stadtrath Rosenthal. Derselbe verließ einen Bericht des Rektors der Mittelschule, Herrn Geide, welcher letzterer in demselben zu recht fertigen sucht weshalb Werte, die für die Schülervibliothek aus den von den Schülern aufgebrachten Mitteln gelauft werden sind, später der Lehrerbibliothek dieser Anstalt überwiesen würden. Er ist der Ansicht, daß in Zukunft für die Schülervibliothek 1500 bis 1600 Mark erforderlich sein würden. In dem vom Kreischauslehrer erarbeiteten Gutachten wird betont, daß der jetzt für die Lehrerbibliothek ausgeworfene Betrag von 280 Mark keinenfalls ausreiche, um sie in genügender Weise mit den neuesten fachwissenschaftlichen Werken auszustatten. Es werde dann aber, so schließt der Rektor, um so strenger darauf zu halten sein, daß in Zukunft keine Verminderungen der tatsächl. mehr vorkommen. Stadtrath Böcker

der Saal, den Toiletten, den Künstlern geredet. Nun beginnt das nächste Stück. Ja, was kommt denn eigentlich nun? Zu Beginn der Pause hat man es sich zwar angesehen, das Programm, aber: sicher ist sicher. „Man“ nimmt es also vor und vergewissert sich noch einmal. Das satirische Papier gibt einen feinen knarrenden, knisternden Ton von sich. Gar keinen lauten Ton. Aber einen recht deutlichen Ton. Man, nicht verständnisvoll, flüstert auch wohl: „Aha!“ und salutiert das Papierblättchen sorgsam zusammen. Man ist ja nicht rücksichtslos, man thut es ganz behutsam; aber, Papier knistert nun einmal, da läßt sich nichts machen. Und so wiederholt sich das Spiel bei jeder Nummer. Sind wir in einem Oratorium, so sind die Programme zwar überflüssig, aber — die Leute haben Textbücher. Und bei einer Waldfinfonie oder Sturmfinfonie oder „Döhlischen Condichtung“, bei irgend einem Opus aus dem Fach der „Programmmusik“ ist das „redende Blatt“ sehr nötig, das uns belehrt, wann das Meer braucht, wann die Sonne lächelt, wann der Regen rauscht, die Vögel erwachen, die Blumen duschen u. s. w. u. s. w. Wahrhaft wohlthuend ist daher die Fürsorge einer hier in Posen mit Recht sehr geschätzten Künstlerin, die auf die einmal über die Programmknotteri geäußerten Klagen hin die Programmblätter zu ihren Konzerten auf weichem, nicht rauschendem Papier herstellen läßt, das sich wirklich ganz stumm verhält.

Im „fernen Westen“, wo ja immer merkwürdige Dinge theils wirklich passiren, theils dorthin verlegt werden, soll ein spekulativer Kopf einen süßen Theaterzettel und süße Programme erfunden haben, die aus dünnem Buchenteig gewalzt sind. Die Nachricht von dieser Einrichtung stand allerdings an einer „dünnen“ Stelle, am Ende der Rubrik „Vermischtes“ . . . Die Einführung dieses Verfahrens bei uns ist wohl so bald nicht zu erwarten. Wenn es aber dahin kommt, so möge sich der Künstler in Zukunft vorsehen, wenn ihm jemand sagt, „er habe sich die künstlerischen Gaben ganz zu eigen gemacht; und wenn er wiederum von anderen hört, daß denen sein Konzert „schwer im Magen“ liege, so hätte er dann den Trost für sich, daß doch wohl am Ende nur sein Programm gemeint sein dürfte, das dem Kuchenbäcker einmal nicht geraten sei. . . . E. L.

giebt zu erwägen, ob es wirklich dringend nothwendig ist, eine so große Summe für die Schülervielleihung auszugeben, wie es jetzt geschieht. Man möge, wenn die Nothwendigkeit nicht vorliege, die ausgeworfene Summe heruntersetzen, oder die verschiedenen Einnahme-Titel: Schul- und Turngeld und Bibliotheksbeiträge zu einer einzigen Summe vereinigen. Er hoffe, der Magistrat werde diese Angelegenheit gründlich erwägen. Das Bedürfnis der Schülervielleihung sei in beiden Gutachten nicht nachgewiesen worden. Bürgermeister Kallowski entgegnete darauf, daß es ganz unrichtig sei, Summen auf einem Titel in einen andern hinüber zu nehmen. Der Magistrat könne dieses Verfahren gewiß nicht billigen und werde seinen Willen dahingehend zum Ausdruck bringen, daß dies nicht mehr vorkomme. Nebenwegen werde der Versammlung in nächster Zeit eine Vorlage, betr. die Theilung der Mittelschule, zugehen und dabei sei die Gelegenheit geboten, das Bedürfnis für die Schülervielleihung genau zu prüfen. Die Angelegenheit ist hiermit erledigt.

Die Erweiterung der Halbdorfstraße und die Bewilligung der Kosten zur Regulierung dieser Straße und des Platzes vor der Petri-Kirche, sowie Bewilligung der Mehrabgabe für Verlegung der an legtbezeichnetem Platze aufgefahrteten Futtermauer ist der lezte Punkt der Tagesordnung. Es referirt der Stadtverordnete Kirsch: Bereits in früherer Zeit habe diese Angelegenheit die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt. Die geslogenen Verhandlungen mit dem Presbyterium der Petri-Gemeinde seien größtentheils genehmigt worden, doch habe die Versammlung die in dem ersten Berichte vorgeführte Kanalisation des Petriplatzes nach der Breslauerstraße hin abgelehnt. In den Verhandlungen, welche im Mai d. J. wieder aufgenommen wurden, habe das Presbyterium hervorgehoben, daß es ihm hauptsächlich auf die Regulierung der Entwässerung ankomme, damit Uebelstände, wie sie gegenwärtig im Winter dort vorkommen, nach Möglichkeit beseitigt werden. Die Kanalisation der Halbdorfstraße habe die Stadt-Beratung in nahe Aussicht gestellt, und seit daher das Presbyterium geneigt, die Entwässerung nach der Halbdorfstraße zu acceptieren. Die Bau-Kommission habe den Vertrags-Entwurf sorgfältig berathen und die in demselben gestellten Bedingungen, so weit sie sich den Terrainverhältnissen entsprechend ausführen lassen, angenommen, jedoch mit Ausnahme des letzten Punktes, nach welchem die Stadt die Aufseitung der anzulegenden Münzsteine auf dem Platze vor der Kirche übernehmen solle. Grundsätzlich sei diese Bedingung verworfen worden, da man der Stadt nicht eine solche Last auferlegen wollte. Die zur Verlegung der Mauer, zur Umpflasterung des Platzes, zur Anlage der Münzsteine u. s. w. erforderliche Summe beträgt 5800 Mark. Die neue Mauer wird 7 m kürzer sein als die alte und am Eingange zur Halbdorfstraße 3 Meter, an der Petrikirche 1½ Meter eingeschränkt werden. Dadurch wird die steilanstiegende Einfahrt zur Halbdorfstraße bedeutend verbreitert, was dem Wagen- und Fußgängerverkehr sehr zu Gute kommt. Von dem den Dr. Koszutski gehörigen Hause am Petriplatze wird ein 2 Meter breiter Uebergang für Fußgänger bis nach der Halbdorfstraße am oberen Ende der neuen Futtermauer geführt, von wo nun ein Trottoir an der Mauer und Kirche weiter geht. Dadurch werden die Fußgänger auf der rechten Seite der Straße, wo bisher Trottoir und Bürgersteig nicht waren, bleiben können und nicht gezwungen sein, sich in den ledhaftesten Wagenverkehr auf dem Straßenrand zu begeben. Stadtverordnete Braunschweig kann der ziemlich bedeutenden Aufgabe nicht zustimmen, denn er sieht in der Verwirklichung des Projektes keine so bedeutende Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes. Stadtbaudirektor Gründer widerspricht dem auf das Lebhafteste. Der Stadtv. Friedel hält die Ausführung des Projektes für eine außerordentliche Verkehrserleichterung. Die Opfer, welche man bringe, seien verhältnismäßig gering, und daher bitte er, die Vorlage anzunehmen. In demselben Sinne spricht sich der Stadtverordnete Kirsch aus, und wird hierauf die Vorlage nach dem Vorschlage der Bau-Kommission angenommen. Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Lokales.

Posen, 31. Oktober.

* Postalisch. Wie wir hören, ist es in neuerer Zeit mehrfach vorgenommen, daß nach Argentinien gesandte Postnäcke am Bevölkerungsstand in Folge mangelhafter Adressierung unbestellbar geblieben sind. Es ist den Versendern in Deutschland daher anzurathen, wenn sie Kosten, sowie Umständlichkeit und erhebliche Verzögerungen verhindern wollen, daß sie Sorge zu tragen, daß die Adressen der Empfänger sowohl auf den Sendungen selbst, als auf den Begleitadressen stets genau und vollständig angegeben werden.

* Verkauf. Der Kaufmann Reinstein hat sein in der Kleinen Ritterstraße Nr. 9 belegenes Grundstück an die Fabrikanten-Firma Gebülder Lefter für den Preis von 108 000 Mark verkauft.

* Aus dem Polizeiberichte. Verhaftet wurden gestern 2 Bettler, ein Tischler, weil er einem Abdecker einen Hund entzogen wollte; die unverehelichte N. wegen Diebstahls; ein Anstreicher wegen fortgelegter Belästigung der Schuhmannspatrouille und ein Maurer wegen hartrückigen Värmens. — Zur Bestrafung notirt wurde ein Fleischer, der aufgeblasenes Fleisch feilhielt. — Beschlagnahm wurden von der Polizei 7 Stück Krebs und in die Wanne gesetzt, da sie nicht die vorgeschriebene Größe hatten. — Zugelaufen sind: ein weißes Ferkel Wienerstraße 5; ein brauner Jagdhund St. Roch 14; ein Hund St. Martin 43. — Gefunden wurde ein Hemd und ein weißes Taschentuch auf dem Alten Markt und ein Tuch in der Wilhelmsstraße. — Verloren: ein goldenes Trauring auf dem Wege von der Grabenstraße nach dem Alten Markt; eine schwarzwollene gestrickte Herrenweste auf dem Alten Markt; eine Stifzfeder mit weißen Perlen von der Wilhelmstraße bis zur Kleinen Gerberstraße; ein Portemonnaie mit 20 Mark und 2 alten Lotterie-Lososen in der Bäckerstraße und ein Siegelring in Jersky.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 30. Oktober. Central-Markthalle. (Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Central-Markthalle.) Marktlage. Fleisch. Starke Zufuhr und langsame Geschäft zu wenig veränderten Preisen. Wild und Geflügel. Mäßige Zufuhr. Stilles Geschäft, Preise unverändert. Fische. Zufuhr in Fluss- und Seefischen ungenügend. Stilles Geschäft bei festen Preisen. Butter. Zufuhr reichlich, Preise etwas niedriger. Käse knapp, Preise fest. Gemüse, Obst und Süßfrüchte. Wenig verändert.

Hirschfleisch Ia 56—62, IIa 48—54, IIIa 36—40, Kalbfleisch Ia 60—65, IIa 45—55, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 36—46, Schweinefleisch 57—64 M. per 50 Kilo.

Gebräuertes und gefälztes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 100—110 M. Spec. ger. 75—80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per ½ Kilo 0,35—0,45, Rothirsch per ¼ Kilo 0,30—0,35, Rehwild Ia 0,50—0,65, IIa bis 0,45, Wildschweine 0,28—0,41 M., Hasen 25—30 M.

Wild geflüg. e. Fasanenhähne 2,50—3,50 M., Fasanenhennen 1,50—2,00 M., Krammelsvogel 0,18—0,25 M., Wildenten 1,00—1,40 M., Seesente 50—75, Riedente 30—40 M., Waldschnecken 2,50—3,25 M., Blaßfassinen 0,50 bis 0,60 M., Rebhühner, junge 1,20 bis 1,55 M., alte 0,90—1,00 M. per Stück.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, junge 2,60—3,50, Enten 1,30—2,25 M., Puten 2,50—3,50, Hühner alte 0,90—1,25, do. junge 0,50 bis 0,80 M., Tauben 0,40 bis 0,45 Mark per Stück.

Fisch e. Hechte per 50 Kilo 67—68, Bander 102, Barsche 50—60, Karpfen groß — M., do. mittelgr. — M., do. kleine 60—61, Schleie 91 M., Bleie 45—48 M., Aland 56 M., bunte Fische (Blöße ic.) do. 48 M., Aale, grohe 90 M., do. mittelgrohe 75 M., do. kleine 60 M., Krebse, grohe, p. Schot 5—7 M., mittelgr. 1,75—3,70 M., do. kleine 10 Centimeter 0,75—1,20 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westl. Ia. 116—118 M., IIa. 110—115, schlesische, sommerliche und winterliche Ia. 116,00—118,00, do. do. IIa. 110—114 M., ger. Hofbutter 108—112 M., Landbutter 85—93 M. — Eier. Hochprima Eier 3,15—3,35 Mark, Prima do. —, per Schot netto ohne Radatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speiselkartoffeln 1,00—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. Rosen 1,20—1,50 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Spiebeln 6,00—6,50 M. per 50 Kilogramm, Möhren lange per 50 Liter 1,00 Mark, Blumenkohl, per 100 Kops 25—30 Mark, Kohlrabi, per Schot 0,50—0,60 M., Röpfelkraut, inländisch 100 Kops 3 M., Spinat, per 50 Liter 1,00 M., Kochäpfel 3—5 M., Tafeläpfel, diverse Sorten —, P. per 50 Kilo, Kochbirnen per 50 Liter 8—10 M., Tafelbirnen 10—20 M., Weintrauben p. 50 Kg. div. brutto mit Korb, 25—40 M., ungar. do. 10—40 M., italienische do. 35 bis 40 Mark.

Breslau, 30. Oktober, 9½ Uhr Vormittags. Am heutigen Marte war der Geschäftsvorlehr im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen bei mäßig. Angeb. ruhig, per 100 Kilo schlesischer weißer 16,60—17,80—18,20 M., gelber 16,60—17,70—18,10 M., seines Sorte über Rothen bez. — Roggen keine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. 16,60—16,80—17,20 M., seines Sorte über Rothen bez. — Getreide ohne Rendierung, per 100 Kilogramm 15,50—16,50—15,80 bis 16,00, weiße 17,50 M. — Hafer mehr angeboten, per 100 Kilogr. 14,70—15,20—16,20 M. — Mais behauptet, per 100 Kilogr. 12,00—13,50—14,00 M. — Erbsen mehr beachtet, per 100 Kilogramm 15,00—16,00—17,00 Mark, Bittere 16,00—17,00—19,00 M. — Lupinen gut gefragt, per 100 Kilogramm gelbe 8,50 bis 9,50—11,00 M., blaue 7,50—8,50 bis 9,50 Mark. — Weizen ohne Angebot, per 100 Kilogramm 14,00 bis 15,00—16,00 M. — Delfasen schwacher Umsatz. — Schlaglein in matter Stimmung. — Hansa am unverändert, 15—16—17½ Mark. Bro 100 Kilogramm netto in Mark und Pfennigen: Schlagleinfaat 21,50—20,50—18,50 Mark, Winterrap 30,40—29,40—28,00 Mark, Winterküben 29,40—28,20—27,20 M. — Rapsen unverändert behauptet, per 50 Kilogr. schles. 14,80—15,20 M., fremder 14,40—14,70 M. — Einlaufen sehr fest, per 100 Kilogramm schlesischer 16,20—16,50 M., fremder 15,00—15,50 Mark. — Palmkerne kaufen per 100 Kilogr. 13,00—13,50 M. — Allesamen schwacher Umsatz, rother per 50 Kilogramm 35—38—44 M., weißer 38—41—48 Mark. — Weiß ohne Rendierung, per 100 Kilogramm incl. Saat Brutto Weizen kein 26,00—26,80 M., Hausbaden 25,50—26,00 M., Roggen-Futtermehl 10,20—10,60 M., Weizenkleie 8,60—9,00 M. — Hafer per 50 Kilogramm 3,50 bis 3,80 M. — Roggenstroh per 800 Kilogramm 38,00—42,00 Mark.

Auktionbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Ware.

A. Mit Verbrauchssteuer.

29. Oktober.

fein Brodaffinade	—	—
fein Brodaffinade	—	—
Gem. Raffinade II.	26,75—27,50 M.	26,75—27,50 M.
Gem. Raffinade I.	25,00—25,25 M.	25,25 M.
Kristallzucker I.	26,50 M.	26,50 M.
Kristallzucker II.	—	—
Melasse Ia	—	—
Melasse IIa	—	—

Tendenz am 30. Oktober: Fest.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

29. Oktober.

Grammierter Butter	—	—
Kornwälder Rind. 92 Proz.	16,10—16,35 M.	16,30—16,60 M.
Rind. Rind. 88 Proz.	15,00—15,35 M.	15,30—15,60 M.

Nachr. Rind. 75 Proz. 10,50—12,20 M. 10,80—12,30 M.

Tendenz am 30. Oktober: Fest.

30. Oktober.

Grammierter Butter	—	—
Kornwälder Rind. 92 Proz.	16,10—16,35 M.	16,30—16,60 M.
Rind. Rind. 88 Proz.	15,00—15,35 M.	15,30—15,60 M.

10,50—12,20 M. 10,80—12,30 M.

Börse zu Posen.

Posen, 31. Oktober. (Amtlicher Börsenbericht.)

Spiritus. Bekündigt — L. Bekündigungspreis (50er) 49 80, (70er) 30,20. (Volo ohne Faz. 50er) 49,80, (70er) 30,20.

Posen, 31. Oktober. Börsenbericht.

Spiritus flau. Volo ohne Faz. (50er) 49 80, (70er) 30,20.

Posen, 31. Oktober. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.) Not. v. 30.

Weizen fest | Spiritus fest |

pr. Novbr.-Dezbr. 181 75 181 — universit. mit Abgabe

April-Mai 1890 191 — 190 50 v. 50 M. loco o. f. 51 60 51 60

Roggen fest | " " Novbr.-Dezbr. 165 50 165 — universit. mit Abgabe

" Novbr.-Dezbr. 186 75 166 25 v. 70 M. loco o. f. 32 — 32 10

Nübbel schwach | " " Novbr.-Dezbr. 31 20 31 —

gr. Novbr.-Dezbr. 65 90 65 90 30 80

Hafer fest | " " April-Mai 1890 31 90 31 80

gr. Novbr.-Dezbr. 154 25 153 75 " " Oktober 32 40 32 10

Ründig, in Roggen 750 Bsp. — Ründig. in Spiritus 240,000 Ltr.

Durchs 348 Reichs. 102 40 102 50 Russ. 448 Bdlt. Pfdr. 97 70 97 90

Konföldirekt 48 Anl. 106 70 106 50 Poln. 58 Pfandbr. 62 40 62 20

Vol. 48 Pfandbriefe 100 70 100 70 Poln. Liquid. Pfdr. 57 56 90

Vol. 348 Pfandbr. 100 25 100 25 Ungar. 48 Goldrente 86 80 86 50

Vol. Rentenbriefe 103 90 104 — Deit. Kred. Alt. 168 — 168 20

Deit. Banknoten 171 20 171 30 Deit. Fr. Staatsb. 101 60 102 70

Deit. Silberrente 73 40 73 40 Lombarden 53 60 53 70

Russ. Banknoten 212 40 212 10 Durchs 1. Fundstimmung schwach